

Denk-Anstöße 2009

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Ausgabe Januar 2009

Krisen-Lektionen

„Erst am Anfang der Wirtschaftskrise“ steht die Welt nach IWF-Einschätzung. Der massive Verlust an Vertrauen wiege schwerer als der Absturz der Aktienkurse. Eine Lektion der Krise sei, dass Staaten nicht nur die Banken überwachen müssten, sondern ebenso alle anderen Finanzmarktakteure, also auch Hedgefonds, Rating-Agenturen und Versicherungen. Außerdem müssten Grenzen gesetzt werden für den Hebel, mit dem Investoren auf Pump spekulieren dürfen. Erforderlich seien darüber hinaus internationale Einrichtungen zur Beobachtung der Finanzwelt und zur Risikovorbeugung. Da die Notenbanken kaum noch Möglichkeiten hätten, durch weitere Zinssenkungen die Nachfrage zu erhöhen, müssten jetzt die Staaten einspringen. Das gelte auch für die Rettung großer Unternehmen und ganzer Branchen. Es werde lange dauern, bis das internationale Finanzsystem wieder komplett gesunde.

Zurück zur Solidität

Als „immer noch fragil“ hat die Deutsche Bundesbank die Finanzmarktsituation bezeichnet. Das deutsche Bankensystem habe sich trotz aller Belastungen bisher gut geschlagen. Als wichtigste Lehren aus der Krise fordert die Notenbank: „keine weißen Flecke auf der Aufsichtskarte, Besinnung auf solide Bewertungsgrundsätze, kein blindes Vertrauen in die Aufnahmefähigkeit der Kapitalmarkts bei Verbriefungen, Überprüfung der Bilanzierungsregeln und Ausrichtung der Vergütungssysteme am nachhaltigen Unternehmenserfolg“. Die wirtschaftliche Lage verschärfe sich, weil die Finanzkrise mit einem zyklischen Abschwung zusammentreffe. Positiv seien die Kosteneutlastungen der Wirtschaft und die Stärkung der Verbraucherkaufkraft durch die gesunkenen Rohstoffpreise. Außerdem habe sich die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in den letzten zehn Jahren deutlich verbessert. Das werde sich auf Sicht als Wachstumsvorteil auszahlen.

„Im freien Fall“

In den USA haben Regierung und Notenbank inzwischen finanzielle Hilfsprogramme über 8 Billionen Dollar aufgelegt. Davon sind bisher 1,4 Bill. Dollar tatsächlich ausgegeben worden. Nahezu täglich wird aus unterschiedlichen Branchen der Ruf nach weiteren Stützungsmaßnahmen laut. Wirtschafts-Nobelpreisträger Paul Krugmann sieht sein Land „in einer schweren Rezession und im freien Fall“. Er fordert weitere Konjunkturlösungen in Höhe von 600 Mrd. Dollar allein für das erste Amtsjahr der Regierung Obama. Anderenfalls werde man einen riesigen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut erleben.

Trübe Aussichten

Zum Jahreswechsel haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Konjunkturprognosen weiter verschlechtert. Während der IWF und die Bundesbank für 2009 einen BIP-Rückgang um 0,8 % erwarten, hält die Deutsche Bank mittlerweile einen Einbruch um bis zu 4 % für möglich. Die Postbank bezeichnet den stark rückläufigen Auftragseingang bei der Industrie als „katastrophal“. Nach Einschätzung der Commerzbank steht der Bundesrepublik die „schlimmste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg“ bevor. 73 % der Bundesbürger waren Anfang Dezember 2008 der Ansicht, dass der gravierendste Teil der Krise noch bevorstehe.

Allgemeine Verunsicherung

Die Stimmung unter den deutschen Verbrauchern kippt. Schon fast jeder zweite Deutsche will – einer repräsentativen Befragung von Ernst & Young zufolge – größere Anschaffungen verschieben. Jeder Dritte erwartet, dass sich die eigene wirtschaftliche und finanzielle Situation 2009 negativ entwickeln wird. Jeder Fünfte fürchtet um seinen Arbeitsplatz. Auch die Investitionen der Unternehmen drohen einzubrechen. Das KfW-Investbarometer prognostiziert für 2009 eine um fast 6 % rückläufige Nachfrage nach Maschinen und Anlagen. Die Verbindung von globaler Krise und erschwerter Finanzierung werde als „Giftmischung“ die Investitionstätigkeit massiv belasten.

Kreditklemme

Trotz offizieller Behauptungen, von Kreditengpässen könne (noch) keine Rede sein, häufen sich in der mittelständischen Wirtschaft Klagen über eine restriktive Kreditvergabe, schlechtere Konditionen und zunehmende „Risiko-Prämien“. Besonders oft wird moniert, dass die Banken die EZB-Zinssenkungen nur eingeschränkt und verzögert an ihre Firmenkunden weitergäben. Für die exportstarken Unternehmen erwachsen zusätzliche Probleme aus der bislang üblichen Zahlungsabwicklung per Akkreditiv, weil ihre ausländischen Kunden – vor allem in den USA und in Asien – nicht mehr über entsprechende Kreditlinien verfügen.

Alte Tugenden

Die Menschheit ist in ein neues Jahr mit ungewisser Zukunft gegangen. Ob die Probleme bis Ende 2009 auch nur annähernd gelöst sein werden, ist derzeit völlig offen. Wer die Gefahr ausschließen will, plötzlich zum passiven Spielball unkontrollierter Ereignisse und Verwerfungen zu werden, sollte die Möglichkeiten zur individuellen Vorsorge nutzen. Vielleicht wird selbst diese Krise rückblickend ihr Gutes haben. Das gilt zumindest dann, wenn Politik und Wirtschaft die richtigen Konsequenzen aus ihr ziehen. Hier muss nichts Neues erfunden werden, sondern es reicht schon, den zeitlosen Werten des preußischen Kaufmanns wieder Geltung zu verschaffen. Hilfreich wäre auch, wenn Ethik im Geschäftsleben nicht vorrangig Thema von Sonntagsreden und Doktorarbeiten bliebe.

Die System-Frage

Deutschland hat sich in den letzten Monaten in einer Weise verändert, die jeder Ökonom noch vor einem Jahr ausgeschlossen hätte. Vor allem die aus der Finanzkrise resultierenden Sachzwänge führen zu einem bisher nicht gekannten politischen Handlungsdruck. Die dramatischen Zuspitzungen zwingen die Bundesregierung zu immer eilbedürftigeren Reaktionen, um Schlimmeres zu vermeiden. Es liegt in der Natur der Sache, dass man hier häufig mit der heißen Nadel um Problemlösungen bemüht ist. Außerdem scheint es ordnungspolitisch kein Halten mehr zu geben. Der Versuch, alle erkennbaren finanziellen und wirtschaftlichen Risiken mit Schutzschirm-Konzepten zu entschärfen, vermittelt der breiten Öffentlichkeit zwar zunächst das Gefühl der Entwarnung, erweist sich aber de facto als eher virtuell. Dass die ausgesprochenen Staatsgarantien für private Bankguthaben im Ernstfall allenfalls theoretischer Natur wäre, ist ebenso wenig zu bezweifeln wie die rein deklamatorische Bedeutung der von den Konzernen versprochenen Arbeitsplatzgarantien. Die Bundesregierung sucht – der Not gehorchend – zunehmend ihr Heil in Verstaatlichungsmaßnahmen. Im Bankensektor ist der Sündenfall spätestens mit der Beteiligung an der Commerzbank erfolgt. Auch die Bereitstellung von über 18 Mrd. Euro zur Übernahme der Dresdner Bank hat mit den Prinzipien der Privathaftung und Eigenverantwortung nichts mehr zu tun. Wie ist den Steuerzahlern zu vermitteln, dass Sie pro Kopf – ungefragt – 520 EUR zu dieser Rettung beitragen müssen? Zum Zeitpunkt des Entstehens dieser Kolumne erscheint auch der staatliche Einstieg bei der Hypo Real Estate, der Deutschen Bank (via Postbank) und einzelnen Landesbanken nicht mehr ausgeschlossen. Die FAZ stellt die Frage, ob notfalls auch Autohersteller, Chemiefabriken und Versicherungen vom Staat übernommen werden. Richtig ist, dass besondere Herausforderungen besondere Antworten verlangen. Richtig ist aber auch, dass wohl niemand glaubt, der Staat verfüge über bessere Management-Qualitäten als die Unternehmer. Völlig offen ist zudem, wann und wie diese systemwidrigen Reparaturversuche bereinigt werden können.

Das Gesetz der Zahlen

Der Internationale Währungsfonds hat angekündigt, seine Prognose im Hinblick auf die bei den Banken weltweit entstandenen Verluste und Abschreibungen deutlich zu erhöhen. Im Oktober 2008 war der IWF noch von einem Gesamtschaden in Höhe von 1,4 Billionen US-Dollar ausgegangen. Angesichts der Tatsache, dass die großen Banken der Welt wohl ausnahmslos im vierten Quartal 2008 weiter erheblich Federn lassen mussten, dürfte sich die noch ausstehende neue Verlustprognose deutlich erhöhen. Noch bedrohlicher wirkt der bisherige Gesamtaufwand zur Finanzmarktstützung und Konjunkturförderung. Einer Untersuchung der Berenberg Bank zufolge haben die USA, die EU-Länder, Japan, Russland, Indien und China bis Ende 2008 über 6,43 Billionen US-Dollar zur Krisenbewältigung bereitgestellt. Diese Summe entspricht 12,4 % der 2007 erbrachten globalen Wirtschaftsleistung. Hinzu kommen Kreditgewährungen des IWF an stark gefährdete Länder wie Island, Pakistan, die Türkei, Ungarn und die Ukraine.

Neuverschuldung

Dramatische Auswirkungen hat die Wirtschaftskrise auf die Neuverschuldung des Bundes, die 2009 explodieren dürfte. Während die Bundesregierung derzeit von

mindestens 30 Mrd. Euro zusätzlichen Schulden ausgeht, setzt die FDP das Volumen sogar bei 50 Mrd. an. Die sportive Ankündigung der Koalition, die neue Rekordverschuldung im nächsten Aufschwung wieder abtragen zu wollen, erscheint derzeit eher als Lippenbekenntnis. Richtig und wichtig ist dagegen die längst überfällige Verankerung einer Schuldenbremse im Grundgesetz, auf die sich die Regierungsparteien geeinigt haben. Diese Limitierung der Neuverschuldung hat sich in anderen Ländern wie beispielsweise der Schweiz bewährt.

Irrwege aus der Krise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise war nicht so unvermeidbar wie die letzte Grippewelle. Von höherer Gewalt kann keine Rede sein. Grobe Fahrlässigkeit und exzessive Habgier in den Führungsetagen der Finanzindustrie haben – beginnend mit der Subprime-Geldvernichtung – eine Katastrophe ausgelöst, für deren Folgen nun der Rest der Welt gerade stehen soll. Auch die Regierungen der Industrieländer sind im Obligo, da sie es unterlassen haben, dem gemeingefährlichen Wildwuchs durch wirksame Kontrollsysteme frühzeitig zu begegnen. So weit, so schlecht. Die Kernfrage ist, welche Konsequenzen aus diesem Desaster zu ziehen sind. Parteien, Kirchen und Medien sind derzeit dabei, nach dem Motto „Haltet den Dieb“ unser Wirtschaftssystem als Quelle allen Übels zu identifizieren. Zurecht werden dabei die Entartungen des „Raubtierkapitalismus“ angeprangert. Irreführend ist allerdings dessen Gleichsetzung mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack, das ja gerade den hierzulande seit über 60 Jahren bewährten Gegenentwurf zum wirtschaftlichen Raubrittertum darstellt. Die jetzige Krise birgt die Gefahr, das sich der Staat langfristig – mit Zustimmung vieler verunsicherter Bürger – in Unternehmensbereichen einnistet, die er nicht zu steuern vermag. Ideologische Anleihen bei Karl Marx helfen ebenso wenig weiter wie DDR-Nostalgie, wenn es gilt, das angerichtete Trümmerfeld aufzuräumen und zurückzukehren zu funktionierenden Wirtschaftsstrukturen.

Ausgabe März 2009

Hiobsbotschaften

„Die Realität ist schlimmer als die Prognosen“. So überschrieb die FAZ am 7. Februar einen Artikel über die aktuelle Konjunktur, in dem das ifo-Institut so zitiert wird: „Der Absturz der Produktion hat ein beängstigendes Tempo. Der Rückgang beschleunigt sich, es ist überhaupt keine Bodenbildung zu erkennen.“ Zwei Tage später meldete das Statistische Bundesamt für Dezember 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat einen realen Umsatzrückgang im verarbeitenden Gewerbe um 12,6 %. Der Export brach um 16,6 % ein, der Inlandumsatz um 9,2 %. Auslöser für diese desaströse Entwicklung war vor allem der Automobilsektor, der fast ein Drittel Umsatzrückgang zu verkraften hatte. Die tagtägliche Flut an Hiobsbotschaften vermittelt – so die „Wirtschaftswoche“ – ein „Bild von Trübsal und Finsternis.“ Mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten wollen einige Auguren Frühindikatoren für eine konjunkturelle Trendwende erkennen. Vielleicht kann auch hier der Glaube Berge versetzen.

„Ziemlich ratlos“

Im Konzert der zukunftsdeutenden Ökonomen wird derzeit eine nie zuvor gekannte Meinungsvielfalt geboten. Die Bandbreite reicht von den Verharmlosern und

Gesundbetern über die Verunsicherten und Ratlosen bis zu den Weltuntergangspropheten. Die „Financial Times“ merkt an, die Krise habe die Wirtschaftswissenschaften in Legitimationsprobleme geworfen, ohne dass dies viele betroffene Professoren merken würden. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos war zu hören: „In der Finanzkrise ist der Anspruch der Ökonomen erloschen, eine Wissenschaft zu sein“. Und der Sprecher der Vereinigung deutschsprachiger Ökonomen räumte ein: „Die meisten von uns sind ziemlich ratlos.“ Nobelpreisträger Joseph Stiglitz kritisierte, vielen Ökonomen fehle vor lauter Spezialisierung auf Details das systemische Denken. Und allgemein dämmert die Erkenntnis, dass es für die aktuellen Verwerfungen und Zuspitzungen keine mathematische Formel gibt. Zu den dringenden Aufgaben gehört die Erarbeitung eines Regelwerks für die Globalisierung sowie ein neues Weltwährungssystem. Hier sind überzeugende Antworten erforderlich, damit die Welt nicht ihr Zukunftsheil im Staatsinterventionismus sucht. Und das würde bedeuten, vom Regen in die Jauche zu kommen.

Fluten und dämmen

George Soros, der frühere Großspekulant und heutige Mäzen, hat ein neues Buch mit dem Titel „Reflections on the Crash of 2008“ vorgelegt. Nur bei effektiver internationaler Zusammenarbeit habe die Weltwirtschaft eine Chance, bis Ende 2009 aus einem tiefen Loch hervorzuklettern. Erst müsse die Wirtschaft mit Geld geflutet werden. Und wenn die Kreditvergabe wieder funktioniere, müsse die Liquidität ebenso schnell wieder aus dem System genommen werden. Die zweite Operation sei politisch und technisch schwieriger als die erste. Der Ausweg aus der Deflationsfalle bestehe darin, zunächst die Inflation zu fördern und sie dann wieder einzudämmen. Daraus werde eine Periode der Stagflation resultieren. Das sei ein erstklassiges und wünschenswertes Ergebnis, da so eine längere Depression verhindert werde.

Soll und Haben

Die neuesten Daten zur Kreditvergabe im Euro-Raum wecken Ängste vor einer Kreditkrise und einer Verschärfung der Rezession. Der Bundesbank zufolge haben auch die deutschen Banken die Konditionen verschlechtert und ihre Margen kräftig ausgeweitet. Für das erste Quartal 2009 sei mit einer weiteren Verschärfung der Kreditvergabe zu rechnen. Der „Spiegel“ sieht die deutschen Bankkunden schon jetzt in der „Zins-Zange“. Der EZB-Leitzins stecke mit 2 % in einem Drei-Jahres-Tief, doch die Verbraucher hätten nichts davon. Die Banken speisten die Sparer mit Mini-Zinsen ab, gleichzeitig verlangten sie Rekordgebühren für Kredite. Nie zuvor ging die Schere zwischen Soll- und Habenzinsen so weit auseinander. Die Banken versuchen offenbar, ihre horrenden Verluste zumindest zum Teil mit dem Kreditgeschäft auszugleichen. Inakzeptabel ist allerdings der Effekt, dass EZB-Zinssenkungen zur konjunkturellen Belebung durch die Einbehaltung konterkariert werden.

Geteiltes Vertrauen

Die Wirtschaftskrise ist mittlerweile zu einer massiven Vertrauenskrise mutiert. Einer im Januar 2009 durchgeführten Forsa-Befragung zufolge haben vor allem die Banken in der Bevölkerung massiv an Ansehen verloren. Nur noch 21 % der Befragten geben an, „großes Vertrauen“ in die Kreditinstitute zu setzen. Ganz unten auf der Image-Skala stehen die Manager von Großkonzernen mit 8 % Zustimmung. Bemerkenswert ist, dass die Deutschen nicht in eine pauschale Kapitalismus-Kritik verfallen, sondern sehr genau zu unterscheiden wissen. Denn: Zum eigenen

Arbeitgeber bekundet eine um 8 % auf 76 % gestiegene Mehrheit der Deutschen volles Vertrauen. Der „Stern“ kommentiert dieses bemerkenswerte Auseinanderklaffen in der Meinungsbildung so: „68 Prozent Differenz also. Zwischen Mittelstand und Familienbetrieben, denn da arbeiten die meisten Deutschen, und den Giganten des Dax. Zwischen sozialer Verantwortung, regionaler Verwurzelung, nachhaltigem Wirtschaften auf der einen und Renditewahn, globalem Unbehautsein, börsengetriebener Sprunghaftigkeit auf der anderen Seite. Zwischen erlebter Ethik und gefühlter Unmoral. Noch nie wurde eine solche Distanz gemessen. Noch nie rangierte das Vertrauen in den eigenen Arbeitgeber so weit oben, noch nie war das Ansehen der Spitzenmanager so weit unten“.

Ausgabe April 2009

Globale Rezession

Die Flut der Hiobsbotschaften steigert sich zum Sturm. Im Februar fiel das ifo-Weltwirtschaftsklima auf einen historischen Tiefstand. Bisher hat die Finanzkrise weltweit Vermögen von über 50 Billionen US-Dollar vernichtet. Die Weltbank rechnet für 2009 mit dem ersten globalen Konjunkturerinbruch nach dem zweiten Weltkrieg. Sie erwartet, dass die Industrieproduktion im ersten Halbjahr 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um bis zu 15 % sinken wird. Die EZB geht mittlerweile für das Gesamtjahr von einem um 2,7 % rückläufigen BIP im Euroraum aus.

EU-Risiken

Die Gemeinschaftswährung wurde bis vor kurzem von Politikern als Überlebensgarantie der EU-Staaten gepriesen. Jetzt öffnet sich eine völlig neue Problemdimension. Angesichts der Verpflichtung der Währungsunion, taumelnde Mitgliedsländer finanziell zu stabilisieren, fragt eine deutsche Zeitung: „Reißen uns die Staaten des Ex-Ostblocks in den Abgrund?“ Und der „Daily Telegraph“ meldet, dass ganz Osteuropa mit 1,7 Billionen Dollar im Ausland verschuldet sei. Ländern wie der Ukraine, Bulgarien, Rumänien und Ungarn droht der Staatsbankrott. Erhebliche Probleme werden auch aus den baltischen Staaten, Polen, der Slowakei und Tschechien gemeldet. Russland hat über ein Viertel seiner Währungsreserven verloren. Der Rubel ist gegenüber dem Euro seit Jahresbeginn 2009 um 35 % abgestürzt. Österreich, dessen Banken über 300 Mrd. Euro in Osteuropa verliehen haben, ist ebenfalls gefährdet. In den von Ökonomen „PIGS“ genannten Ländern Portugal, Italien, Griechenland und Spanien geraten die Staatshaushalte außer Kontrolle. Wirklich fatale neue EU-Perspektiven.

„Schockstarre“

In einer Schockstarre sieht das „Handelsblatt“ die deutsche Industrie und spricht von „schockierenden Zahlen“. In der Tat: Der Auftragseingang lag im Januar um fast 38 % unter dem Vorjahresmonat. Der deutsche Export sank um 20,7 %. Der Maschinenbau meldet einen Auftragsrückgang um real 42 %. Die Rohstahlproduktion lag im Februar knapp 36 % unter dem Vorjahresmonat. Im selben Monat war der PKW-Absatz von Daimler um 25 % rückläufig. Die Auslandsorder für schwere LKW gingen um – sage und schreibe – 95 % zurück. Im Zulieferbereich haben in den vergangenen vier Monaten 25 namhafte deutsche Hersteller Insolvenz beantragt. Die Bundeskanzlerin spricht mittlerweile von der „schwersten Krise seit 1945“.

Trendwende erst 2010?

Die deutschen Forschungsinstitute revidieren ihre Konjunktur-Prognosen in immer kürzeren Abständen. Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut rechnet inzwischen mit einem realen BIP-Rückgang um 3,8 % bei der (optimistischen) Annahme, dass sich die Wirtschaft schon in der zweiten Jahreshälfte stabilisieren werde. Zum Vergleich: Im Jahr 1975, nach der ersten Ölpreiskrise, sank die Wirtschaftsleistung um 0,9 %. Die EU-Finanzminister scheinen sich auf eine länger anhaltende Krise einzustellen. Auch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung sieht den Tiefpunkt der Krise „noch lange nicht erreicht“. Die Arbeitslosigkeit werde ab Sommer bis ins Jahr 2010 hinein deutlich steigen. Die Finanzvorstände internationaler Konzerne gehen – einer neuen Befragung zufolge – von einem Andauern der Rezession um weitere 14 Monate aus.

Wettbewerbsverzerrungen

Auch in den mittelständischen Unternehmen ist die Krise mittlerweile voll angekommen. Die Geschäftserwartungen der KMUs sind auf ein Rekordtief gefallen. Der KfW-„Mittelstandmonitor“ signalisiert einen deutlichen Anstieg von Kurzarbeit, Investitionsstopps, Entlassungen und Insolvenzen. Trotz der schwierigen Lage gehe es den meisten Mittelständlern aber noch besser als den international aufgestellten Großkonzernen. Sorge bereitet den Unternehmen auch die Gefahr, bei dem neuen 100 Mrd. Wirtschafts-Fonds der Bundesregierung benachteiligt zu werden. Der Bund stellt bekanntlich Garantien und Kredite bereit für Unternehmen, die durch die Finanzkrise in akute Probleme gekommen sind. Insider befürchten, dass Großunternehmen bei der Vergabe bevorzugt werden. So werde eine Industriepolitik gefördert, die innovative, kleine Firmen benachteilige. Die „Vermachtung der Märkte“ gefährde das erfolgreiche deutsche Modell mit seinen vielen kleinen Weltmarktführern. Auch der DGB sieht erhebliche Konstruktionsfehler bei der Abwicklung: „Wenn im Sommer eine Lawine von Insolvenzen auf uns zurollt, wird der Hilfsfonds rasch seine Handlungsfähigkeit verlieren“.

Zins-Blockade

Seit Oktober 2008 hat die EZB die Zinsen in mehreren Schritten von 4,25 auf den historischen Tiefstand von 1,5 % gesenkt. Diese Konjunkturförderungsmaßnahmen entfaltet jedoch bisher kaum Wirkung, weil die meisten Banken die Zinssenkungen nicht an ihre Kreditkunden weitergeben. So ist der durchschnittliche Zinssatz für ein Hypothekendarlehen mit zehnjähriger Laufzeit seit Herbst nur von 5,11 auf 4,26 % zurückgegangen. Deutlich gesenkt wurden dagegen die Haben-Zinsen für Tages- und Festgeldkonten. Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg kritisiert die Praxis, „sich auf Kosten der Privat- und Firmenkunden gesundzustoßen“. Volkswirtschaftlich besonders problematisch ist die kartellartige Blockade der EZB-Politik zur Nachfragebelebung bei Konsum- und Investitionsgütern.

Im „Stress-Test“

Die globale Wirtschaftskrise nimmt allmählich Dimensionen an, die den Normalbürger schon zahlenmäßig überfordern. Die Größenordnungen erscheinen zunehmend abstrakt oder gar virtuell. Das gilt vor allem für die Nachricht, dass bislang infolge des Subprime-Debakels weltweit Vermögenswerte in Höhe von 50 Billionen US-Dollar vernichtet worden sind. Selbst Konzern-Controller, die gewohnt sind, in dreistelligen Millionen-Beträgen zu denken, tun sich schwer mit solchen Relationen. Der Internationale Währungsfonds hat jetzt eine neue Hochrechnung vorgelegt, derzufolge der Abschreibungsbedarf bei Banken und Versicherungen deutlich höher ist als bisher angenommen. Das weltweite Volumen an „giftigen“ Wertpapieren wird nun auf rund 4 Billionen Dollar geschätzt. Im Januar war noch von 2,2 Billionen die Rede. Im Frühjahr 2008 war eine erste Verlustprognose des IWF in Höhe von 1 Billion Dollar als Panikmache abgetan worden. Erschreckend ist nicht nur die immer kürzere Halbwertszeit von Zahlen und Prognosen, sondern vor allem die Tatsache, dass auch 18 Monate nach Beginn der Krise immer noch keine gesicherten Erkenntnisse über die realen Gesamtschäden vorliegen. Die Unfähigkeit, die restlichen Risiko-Potenziale zu identifizieren, schafft eine nie zuvor gekannte Verunsicherung in allen Wirtschaftsbereichen. In dieses Szenario der Hilflosigkeit und des Aktionismus passt der in den USA realisierte „Stress-Test“ für Kreditinstitute, der den zusätzlichen Kapitalbedarf der 19 größten Banken bei sich verschärfender Rezession abschätzen soll.

„Alarmstufe Rot“

Die Bundeskanzlerin hat sich kürzlich von Unternehmern und Top-Managern über die wirtschaftliche Lage informieren lassen. Dabei wurden düstere Perspektiven aufgezeigt: Der massive Auftragseinbruch werde spätestens ab Frühsommer zu einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. In den ersten beiden Monaten des Jahres ist die Industrieproduktion – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – um 20,8 % und die Erzeugung im Bauhauptgewerbe um 23 % gefallen. Der Auftragseingang der Industrie brach im Februar um fast 38 % ein, der Export sank um 23,1 %. Das Überschreiten der 5-Mio.-Grenze bei den Arbeitslosen ist daher wohl kaum zu vermeiden. Als pragmatische Beiträge zur Problemschärfung forderten die Wirtschaftslenker im Kanzleramt ein „Belastungsmoratorium“ und „Reformmaßnahmen ohne Geld“. Gemeint war damit, zusätzliche Kostenbelastungen durch Emissionshandel, Antidiskriminierungsgesetz und Unternehmenssteuerreform zunächst auszusetzen. Unstrittig ist, dass die eingeschränkte Verrechenbarkeit von Fremdkapitalzinsen und Verlusten mit Gewinnen sowie die substanz-angreifende Gewerbesteuer den Unternehmen lebensnotwendige Liquidität entziehen.

Bürokratische Hürden

Während hinter den Berliner Kulissen schon über weitere staatliche Fördermaßnahmen diskutiert wird, dämmert die Erkenntnis, dass die vorhandenen Konjunkturpakete – mit Ausnahme der Abwrackprämie für Altfahrzeuge – bisher kaum bei den Unternehmen ankommen. Am 8. April 2009 teilte das Bundesfinanzministerium – laut „Handelsblatt“ – mit, dass bislang aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm für die Kommunen „kein einziger Euro“ abgeflossen sei. Man habe die erst jetzt erfolgte Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung für die Verteilung der knapp 12 Mrd. Euro abwarten müssen. Vom 4 Mrd. starken Investitionspaket des Bundes seien erst

Aufträge im Wert von 90 Mio. vergeben worden. Lediglich das Gebäudesanierungsprogramm verlaufe besser als erwartet. Der DIHK hat mit Blick auf den 100 Mrd. starken Wirtschaftsfonds für Kredite und Bürgschaften die KfW und die Banken aufgefordert, „zügig zu agieren und den Unternehmen keine unnötigen bürokratischen Hürden in den Weg zu stellen“.

Krisen-Lektionen

Die Wirtschaftskrise wird unsere Welt nachhaltig verändern. Das gilt auch und gerade für die Führung von Banken und Großkonzernen. Schon jetzt ist eine Rückkehr von der kurzfristigen Shareholder-Value-Fokussierung hin zu mittel- und langfristig angelegten Strategien und Unternehmenszielen erkennbar. Werte wie Gesamtverantwortung und Nachhaltigkeit werden wesentlich stärker das Denken und Handeln der Top-Manager bestimmen. Die Selbstbedienung kleiner Cliques mit elementar überzogenen Gehältern, Tantiemen und Boni weicht einer leistungsgerechten Honorierung, die vom dauerhaften Erfolg abhängig ist. Mit anderen Worten: Das ethische Fundament, das für die meisten deutschen Familienunternehmen seit jeher eine Art kategorischen Imperativ darstellt, muss auch für die supranationalen Konzerne zur verbindlichen Selbstverpflichtung werden. Gerade sie sind gefordert, das durch Raubtierkapitalismus ramponierte Ansehen der Marktwirtschaft nicht länger zu belasten. Die mittelständischen Unternehmer, die mehr als andere unter dem rücksichtslosen Größenwahn mancher Konzerlenker gelitten haben, sind gut beraten, sich von falsch verstandener Solidarität zu verabschieden. In der aktuellen Krise wird die erfolgreiche Revitalisierung einer sozialen Marktwirtschaft, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, zur Schicksalsfrage. Der Wirtschaftsethiker Prof. Karl Homann ruft dazu auf, mit den verunsicherten Bürgern verstärkt über die Systemvorteile zu reden: „Zu sagen, dass die Marktwirtschaft zu mehr Wohlstand führt, reicht nicht. Die Menschen wollen moralische Antworten“.

Ausgabe Juni 2009

Teufelskreis

Deutschland leidet wegen einer starken Exportabhängigkeit mehr als die anderen großen Länder im Euro-Raum unter dem Einbruch des Welthandels. Zu dieser nicht überraschenden Erkenntnis kommt der Internationale Währungsfonds in seinem neuen „World Economic Outlook“. Noch seien die Risiken für die Wirtschaftsentwicklung viel größer als die Wahrscheinlichkeit einer schnellen Erholung. Während die globale Wirtschaftsleistung 2010 um 1,9 % wachsen werde, sei für Deutschland mit einem weiteren BIP-Rückgang um 1 % zu rechnen. Als größte Gefahr bezeichnet der IWF ein Nachlassen der politischen Bemühungen um eine Sanierung des internationalen Finanzsystems. Nur durch rasches und entschlossenes Handeln könne der Teufelskreis aus Rezession und Bankenkrise durchbrochen werden. Der Druck auf die Bankbilanzen werde sich in den kommenden Monaten wegen wachsender Probleme bei der Kreditbedienung erhöhen.

Toxische Risiken

Noch besteht kein Anlass zur Annahme, die Politik habe die Wirtschaftskrise im Griff. Ein internes Gutachten der Bundesfinanzaufsichtsbehörde beziffert die noch

bestehenden Kreditrisiken bei 17 deutschen Banken auf unfassbare 816 Mrd. Euro. Die Studie hat erstmalig das Gesamtvolumen toxischer und derzeit nicht handelbarer Wertpapiere ermittelt. Größter Handlungsbedarf besteht offenbar bei den Landesbanken, wo die aktuellen Risiken mit – sage und schreibe – 355 Mrd. Euro beziffert werden. Auf dem traurigen Bedarfs-Ranking folgen die unsägliche Hypo Real Estate (268 Mrd.), die Privatbanken (139 Mrd.) sowie die Volks- und Raiffeisenbanken (54 Mrd.). Dass sich bei den seit jeher verstaatlichten Landesbanken die größte Gier und Inkompetenz im Umgang mit faulen Investments entfalten konnten, scheint bei der jetzigen Kapitalismus-Diskussion über die „bösen Banker“ niemanden zu interessieren. Der Finanzminister hat vollmundig angekündigt, die giftigen Papiere würden den Bundeshaushalt nicht belasten. Gleichwohl wird letztlich der Steuerzahler für die gewaltigen Risiken haften, die von den Kreditinstituten in Bad Banks ausgelagert werden sollen.

Window Dressing

Nach Einschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft (Köln) deutet sich eine Entspannung an den Finanzmärkten an. Vieles spreche dafür, dass der Höhepunkt der Krise überschritten sei. Ein Indikator sei der Zinssatz der unbesicherten Interbankkredite. Dieses „Fieberthermometer“ der Finanzmärkte sei auf ein Drittel des im Herbst 2008 erreichten Maximalwerts gefallen. Auch das gegenseitige Vertrauen der Banken habe sich erholt. Bunkerten die Institute Anfang 2009 zeitweise noch über 300 Mrd. Euro bei der EZB, so ist die Gesamtsumme Mitte April auf 20 Mrd. Euro gefallen. Gleichwohl sieht das IfW noch keinen Anlass für eine endgültige Entwarnung. Der relative Abbau der Verunsicherung beruhe ausschließlich auf den von den Regierungen ausgesprochenen Staatsgarantien für die Banken. Zweitens werde der rezessionsbedingte Ausfall von Krediten noch erheblichen Wertberichtigungsbedarf auslösen, der die Gesundung der Banken erschwere. Und drittens sei ein wichtiger Player im Finanzsektor, nämlich die Hedgefonds, noch längst nicht aus dem Schneider. Trotz der zwischenzeitlichen Erholung der Bankentitel an den Börsen sind die Institute noch lange nicht über den Berg. Nicht nur die von einigen amerikanischen Banken für das erste Quartal 2009 gemeldeten Erfolgszahlen sind vorrangig das Ergebnis von Window Dressing infolge enormer Bilanzierungserleichterungen.

Kreditversorgung

Offenbar von interessierter Seite werden immer wieder Meldungen lanciert, die Kredit-Versorgung der Betriebe habe sich deutlich verbessert. In einer Blog-Diskussion der „Wirtschaftswoche“ bezieht ein Betroffener folgendermaßen Stellung: „Bei mir als mittelständischem Unternehmer ist die ‚Entspannung der Kreditmärkte‘ leider noch nicht angekommen. Das Gegenteil ist der Fall: Meine (sogenannten oder vermeintlichen) Hausbanken übertreffen sich mit immer neuen Auflagen und Forderungen, um eine Ausweitung der Kreditlinie zu verhindern. Gleichzeitig werden die Konditionen für die bestehenden Kredite trotz der massiven EZB-Zinssenkungen allenfalls nominal verbessert. Durch das kreative Erfinden immer neuer Gebühren und Kosten wird dieser Vorteil allerdings egalisiert. Nach meinen Eindrücken sind die Banken finster entschlossen, ihre katastrophale Geschäftsentwicklung der letzten Monate auf dem Rücken ihrer (leider abhängigen) Firmenkunden auszugleichen.“

Wertekonzept

Der Bundespräsident hat die Panikmache angesichts der Finanzkrise kritisiert. Die Lage sei wirtschaftspolitisch und sozial beherrschbar. Die Bundesregierung habe

„unterm Strich“ besonnen und richtig gehandelt, insbesondere durch die internationale Abstimmung der Gegenmaßnahmen. Köhler fügte hinzu: „Ich bin zutiefst überzeugt davon: Die Deutschen sind nicht nur dann Demokraten, wenn's mehr zu verteilen gibt, sondern sie haben dieses Wertekonzept der Demokratie aufgenommen und werden dann auch mit dieser Krise entsprechend fertig werden.“ Zuvor hatten Gesine Schwan und einige Gewerkschaftsführer vor „sozialen Unruhen“ gewarnt. Frank-Walter-Steinmeier rief dazu auf, solche Gefahren nicht herbeizureden. Gerade in diesem sensiblen Bereich zeugt die politische Spekulation mit sich selbst erfüllenden Prophezeiungen von Verantwortungslosigkeit.

Ausgabe Juli 2009

Ländervielfalt

Im Zeichen der Krise lechzen die geplagten Seelen von Unternehmern und Managern nach mentaler Entspannung. Diesem Bedürfnis trägt die nachfolgende internationale Standort- und Wettbewerbsanalyse Rechnung. Sie untersucht die unterschiedlichen Unternehmens-Strategien und Erfolgsgeheimnisse in folgenden Ländern am Beispiel einer identischen Ausgangslage:

USA

Sie besitzen zwei Kühe. Sie verkaufen eine und leasen sie zurück. Sie gründen eine Aktiengesellschaft. Sie zwingen die beiden Kühe, das Vierfache an Milch zu geben. Sie wundern sich, als eine tot umfällt. Sie geben eine Presseerklärung heraus, in der Sie erklären, Sie hätten Ihre Kosten um 50 % gesenkt. Ihre Aktien steigen.

Frankreich

Sie besitzen zwei Kühe. Sie streiken, weil Sie drei Kühe haben wollen. Sie gehen Mittagessen. Das Leben ist schön.

Japan

Sie besitzen zwei Kühe. Mittels modernster Gentechnik erreichen Sie, dass die Tiere auf ein Zehntel ihrer ursprünglichen Größe reduziert werden und das Zwanzigfache an Milch geben. Jetzt kreieren Sie einen cleveren Kuh-Cartoon, nennen ihn Kuhkimon und vermarkten ihn weltweit.

Großbritannien

Sie besitzen zwei Kühe. Beide sind wahnsinnig. Sie beschweren sich beim Tierschutzverein und gehen Golf spielen.

Italien

Sie besitzen zwei Kühe, aber Sie wissen nicht, wo sie sind. Während Sie sie suchen, sehen Sie eine schöne Frau. Sie machen Mittagspause. Morgen ist auch noch ein Tag.

Polen

Ihre beiden Kühe wurden letzte Woche gestohlen. Sie beschweren sich bei der Europäischen Union und verlangen Schadensersatz wegen Wettbewerbsverzerrung.

Deutschland

Sie besitzen zwei Kühe. Mittels modernster Gentechnik werden die Tiere redesigned, so dass sie alle blond sind, eine Menge Bier saufen, Milch von höchster Qualität geben und 160 km/h laufen können. Leider fordern die Kühe 13 Wochen Urlaub im Jahr.

Parteienvielfalt

Mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl empfiehlt sich auch ein Blick auf die (markt-)wirtschaftlichen Philosophien der politischen Parteien:

Christdemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Sie behalten eine und schenken Ihrem armen Nachbarn die andere. Danach bereuen Sie es.

Sozialist

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Die Regierung nimmt Ihnen eine ab und gibt diese Ihrem Nachbarn. Sie werden gezwungen, eine Genossenschaft zu gründen, um Ihrem Nachbarn bei der Tierhaltung zu helfen.

Sozialdemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Sie fühlen sich schuldig, weil Sie erfolgreich arbeiten. Sie wählen Leute in die Regierung, die Ihre Kühe besteuern. Das zwingt Sie, eine Kuh zu verkaufen, um die Steuern bezahlen zu können. Die Leute, die Sie gewählt haben, nehmen dieses Geld, kaufen eine Kuh und geben diese Ihrem Nachbarn. Sie fühlen sich rechtschaffen. Udo Lindenberg singt für Sie.

Freidemokrat

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Na und ?

Kommunist

Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Die Regierung beschlagnahmt beide Kühe und verkauft Ihnen die Milch. Sie stehen stundenlang für die Milch an. Sie ist sauer. Sie auch.

Kapitalist

Sie besitzen zwei Kühe. Sie verkaufen eine und kaufen einen Bullen, um eine Herde zu züchten.

EU-Bürokratie

Der geballte Sachverstand aus den unterschiedlichen Ländern und Parteien summiert sich folgendermaßen im intellektuellen Schmelztiegel der Europäischen Union: Sie besitzen zwei Kühe. Die EU nimmt Ihnen beide ab, bezahlt Ihnen dafür eine Entschädigung, tötet eine, melkt die andere, bezahlt Ihnen auch dafür eine Entschädigung und schüttet die Milch dann in die Nordsee.

Rein postalisch

Abschließend noch eine Realsatire aus dem unerschöpflichen Fundus der Deutschen Post. Ein Wuppertaler Unternehmen beschwerte sich beim örtlichen „Zentralstützpunkt“ über diverse Mängel wie verspätete Zustellungen, beschädigte Sendungen und falsche Abholbenachrichtigungen. Als nach Wochen keine Antwort vorliegt, wird nochmals schriftlich um eine Stellungnahme gebeten. Da auch diese

Bitte unerhört bleibt, wendet sich das Unternehmen an den Vorstand Firmenkunden der Deutschen Post AG. Dort erfolgt eine zügige Reaktion in Form eines langen Entschuldigungsschreibens mit – herzigerweise – beigefügten Gratis-Briefmarken. Die Hauptbeschwerde darüber, dass die Geschäftsleitung des Wuppertaler „Zentralstützpunktes“ zwei ordnungsgemäß adressierte und frankierte Reklamationsschreiben unbeantwortet lässt, wird mit einer postalisch unschlagbaren Argumentation gekontert: Diese Briefe haben – so der Post-Vorstand – den Empfänger nicht erreicht...

Ausgabe September 2009

Für jeden etwas

Als einzige Konstante in der täglichen Flut von Wirtschaftsnachrichten erweist sich derzeit die Widersprüchlichkeit. So titelt die FAZ am 21. Juli d. J., das Ende der Rezession sei in Sicht. Einen Tag später meldet der BDI für den Mai einen Auftragsrückgang von über 30 %. Nach Einschätzung von Gesamtmetall sind viele Betriebe derzeit dabei, von der Konjunkturkrise in eine Strukturkrise zu rutschen. Damit wachse der Druck auf die Unternehmen, mit Anpassungen bei Personalkosten und Beschäftigung zu reagieren. Momentan finden sich in der Vielzahl der veröffentlichten Analysen und Prognosen für jedes Naturell, ob Optimist oder Pessimist, die passenden Zukunftsdeutungen.

Am Abgrund

Dass Deutschland im vergangenen Herbst kurz vor dem Kollaps des gesamten Banken- und Wirtschaftssystems stand, beweisen die kürzlich veröffentlichten Protokolle der Krisentreffen zwischen dem 26. und 28. September 2008, bei denen es um die Rettung der Hypo Real Estate ging. Top-Banker haben die Bundesregierung bei einem Krisengespräch an jenem Wochenende davor gewarnt, dass bei einem Scheitern der Rettungsaktion – wegen der Kettenreaktionen – am Montag darauf kein deutsches Kreditinstitut mehr stehen werde. Inzwischen ist die bayerische Skandalbank HRE mit 100 Mrd. an öffentlichen Geldern gestützt und zu 90 % verstaatlicht worden. Hätte ein Science-Fiction-Autor noch vor einem Jahr einen derartigen Plot konstruiert, so wäre er der Absurdität geziehen worden.

Kreditklemme I

Der BDI hat – wie zahlreiche Politiker und Verbände – nochmals vor den Gefahren der von den Banken rituell bestrittenen Kreditklemme für die deutsche Wirtschaft gewarnt. Die Finanzierungssituation vieler Unternehmen habe sich eindeutig verschärft und könne sich kurzfristig weiter verschlechtern. Tatsache ist, dass immer mehr Firmen über z.T. existenzbedrohende Nöte bei der Kreditbeschaffung klagen. Der ifo-Chef Sinn warnt: „Wenn sich die Banken gesund schrumpfen, schrumpfen sie vielleicht die Wirtschaft kaputt“. Bundesfinanzminister Steinbrück kritisiert massiv, dass die Banken das ihnen von EZB und Bundesbank günstig bereitgestellte Geld „lieber in den Handel mit Devisen, Rentenpapieren und Aktien stecken statt es als Kredite weiterzugeben“. Notfalls werde man über strukturell neuartige Maßnahmen und Sanktionen nachdenken, um die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten zu sichern.

Kreditklemme II

Im Zuge der zunehmend verschärften öffentlichen Diskussion über die Kreditengpässe für Firmen hat der Bankenverband verlautbart, der Kreditbestand sei im ersten Quartal 2009 deutlich gestiegen. Bei genauerem Hinschauen entpuppt sich diese Meldung jedoch als verschleierte Halbwahrheit, da das vom Verband genannte Volumen auch Kredite an Investmentfonds, Versicherungen und Finanzleasinggesellschaften umfasst. Laut Bundesbank sind die Kredite an Firmen und Selbstständige außerhalb der Finanzbranche im genannten Zeitraum um 2,7 Mrd. Euro zurückgegangen. Der „Stern“-Redakteur Hans-Ulrich Jörges kritisiert die Banken folgendermaßen: „Sie kassieren Staatshilfe, schröpfen ihre Kunden und verweigern den Firmen Kredite. Damit verschärfen die Herren des Geldes die Krise, die sie selbst ausgelöst haben“.

Nichtanwendung

Das Bundesfinanzministerium hat bis in eine ferne Zukunft die Hoffnung aufgegeben, mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt die Neuverschuldungs-Spirale zu durchbrechen. In Zeiten der Not wachsen die Begehrlichkeiten der Ministerialbürokratie. Dazu gehört die Neigung, für Steuerzahler günstige Entscheidungen des Bundesfinanzhofes per Nichtanwendungserlass auszuhebeln, also auf Eis zu legen. De facto entstehen hier aus Sicht der Betroffenen rechtsfreie Räume. Die Bundessteuerberaterkammer hat kürzlich erneut moniert, dass diese Praxis die Rechtssicherheit und Verlässlichkeit des Steuerrechts beeinträchtigt. Es gehöre zur Gewaltenteilung, dass die Finanzämter die BFH-Rechtsprechung anzuwenden hätten. Tatsächlich werden mittlerweile sogar bestätigte BFH-Urteile negiert. Außerdem steige die Zahl der Fälle, bei denen BFH-Urteile gar nicht oder mit langer Verzögerung im Bundessteuerblatt veröffentlicht werden. Diese Nichtveröffentlichung wirke wie ein stillschweigender Nichtanwendungserlass. Nicht zu beneiden sind die Finanzbeamten, die derartige Methoden „von Amts wegen“ bei Betriebsprüfungen vertreten müssen, obwohl sie selbst erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit mit geltendem Recht haben.

Bewährungsprobe

Der frühere Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sieht die Marktwirtschaft in der Bewährung. Er äußert den Eindruck, den Deutschen sei gesellschafts- und wirtschaftspolitisch der Kompass abhanden gekommen. Es gebe derzeit zahlreiche ordnungspolitische Sünden, die unter dem Deckmantel der Krisenreaktion begangen würden. Die schuldenfinanzierten Konjunkturprogramme seien ein Sammelsurium von größtenteils unvernünftigen und unnötigen Maßnahmen. All das habe mit sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun. Deutschland brauche jetzt eine konsequente Reformpolitik und eine umfassende Haushaltskonsolidierung. Am Rande sei angemerkt: Das Wort „Reform“ scheint mittlerweile bei allen Parteien und Politikern auf die Tabu-Liste gesetzt worden zu sein.

Ausgabe Oktober 2009

Licht im Tunnel?

„Deutschland wankt aus der Rezession“. So kommentiert der „Spiegel“ am 13. August 2009 das im zweiten Quartal zu verzeichnende Wachstum von 0,3 %. Dabei handele es sich jedoch um ein rein rechnerisches Plus, das durch die statistische

Entwicklung von Importen und Exporten erheblich verzerrt werde. Auch die Bundeskanzlerin spricht vom Ende der Talfahrt. Die Rezession sei allerdings noch nicht überwunden. Der „Stern“ meint, „das Schlimmste“ komme erst noch auf die Deutschen zu. Nachhaltiges Wachstum sei nicht in Sicht. Außerdem sei mit einer rasant steigenden Arbeitslosigkeit und explodierenden Staatsschulden zu rechnen. Die Bundesbank warnt vor einer „zweiten Runde in der Finanzkrise“ durch notleidend werdende inländische Bankkredite. Dagegen hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft – laut ifo-Geschäftsklimaindex – im August aufgehellt. Auch die Exporte haben sich im Juli gegenüber dem Vormonat mit einem Plus von 2,3 % leicht erholt. Gleichwohl: Die Exportnation Deutschland musste in den ersten sieben Monaten 2009 ein Ausfuhrminus von 22,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum verkraften. Der Wirtschaftsweisen Christoph Schmidt meint: „Wir werden bis 2013 brauchen, bis wir da sind, wo wir vor der Krise waren. Ein kräftiger Aufschwung ist nicht in Sicht. Die Erholung wird eine zähe Angelegenheit.“

Lage der Nation

Die FAZ bringt die konjunkturelle Lage folgendermaßen auf den Punkt: „Viele Unternehmen haben im Herbst und Winter sämtliche Investitionen gestoppt. Zudem haben sie fast panikartig die Produktion zurückgefahren und von Vorräten gelebt. Der Lagerabbau hat im zweiten Quartal die BIP-Statistik nochmals stark belastet und rechnerisch einen Wachstumsbeitrag von minus 1,9 % geliefert. Dass die Unternehmen ihre Lager noch weiter geleert haben statt neu zu produzieren war ein Reflex auf ihre pessimistischen Absatzerwartungen. Nun müssten eigentlich die Vorräte weitgehend aufgebraucht sein. Dreht der Lagerzyklus, könnte dies die Produktion kräftig antreiben und der Industrie deutliche Zuwächse verschaffen.“ Das Blatt schreibt weiter: „Die staatlichen Konjunkturlösungen geben einen kurzfristigen Schub, der aber nicht weit ins nächste Jahr reichen wird. Ob nun der Mini-Aufschwung der deutschen Wirtschaft im zweiten Halbjahr in eine dauerhafte Erholung mündet, wird maßgeblich von der Auslandsnachfrage abhängen: Nimmt sie schneller zu als die Binnennachfrage, die infolge des absehbar schwächeren Konsums schwindet? Noch ist nicht ausgemacht, welche der beiden Kräfte überwiegen wird.“

Rolle der Banken

Die KfW sieht erhebliche Risiken, dass sich die Kreditklemme weiter verschärfen wird. Für das vierte Quartal prognostiziert die staatseigene Förderbank einen Rückgang des Kreditneugeschäfts um 8 bis 13 %. In der „Wirtschaftswoche“ kommentiert ein Unternehmensberater die Lage so: „Schon mindestens ein Drittel der derzeitigen Firmenpleiten ist auf die Verweigerungshaltung der Banken zurückzuführen. Viele Kreditinstitute bestehen selbst beim Einsatz von KfW-Mitteln, die ihr eigenes Risiko auf 10 bis 20 % der Kreditsumme beschränken, auf einer zusätzlichen 100 %igen Absicherung durch persönliche Bürgschaften der Gesellschafter. Zudem sind die Kreditkosten – trotz der Zinssenkungen der EZB – durch ein raffiniertes System an Risikozuschlägen und Nebenkosten explodiert. Die Dresdner Bank bietet Firmen für Tagesgeldanlagen derzeit 0,25 % (!!!), verlangt aber für Dispo-Kredite zwischen 12 und 14 %, also mehr als das Fünffache. Nie zuvor haben sich Banken so schamlos bei Firmen- und Privatkunden bereichert, um ihre riesigen Subprime-Verluste schnellstmöglich auszugleichen. Nie zuvor haben sich Banken so rigoros ihrer volkswirtschaftlichen Gesamtverantwortung entzogen. Nie zuvor haben Banken billigend in Kauf genommen, dass ihre kartellartige Blockadepolitik die Axt an die Wurzeln des Mittelstands legt. Wenn sich hier nicht

ganz schnell etwas ändert, werden wir im zweiten Halbjahr einen dramatischen Anstieg der Pleitewelle mit stark steigender Arbeitslosigkeit erleben.“ Angesichts dieser kritischen Zuspitzung soll die KfW jetzt 10 Mrd. Euro aus dem „Deutschland-Fonds“ erhalten und an Banken für Kredite mit vereinfachter Bonitätsprüfung weiterreichen.

„Morgen rot“?

Wenn diese RAS-Ausgabe erscheint, hat Deutschland gewählt. Das politische Kräfte-Parallelogramm hat sich im Zuge der Weltwirtschaftskrise nach links verlagert. Der „Spiegel“ überschrieb seine Titelgeschichte am 7. September 2009 mit „Morgen rot“ und wies eine zunehmende Sozialdemokratisierung der Gesellschaft nach, von der die gleichnamige Partei allerdings kaum noch profitiere. In einem Polit-Blog merkt ein früherer SPD-Wähler nachdenklich an: „Ganz gleich, wie diese Wahl ausgehen wird: 20 Jahren nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur ist Deutschland auf einem gefährlichen Weg nach links. Einigermaßen berechenbare SPD-Politiker wie Steinmeier, Steinbrück und Müntefering sind wahrscheinlich schon bald Geschichte. Leute wie Nahles und Wowereit wollen eine andere Republik. Auf dem Weg dahin werden sie schnellstmöglich mit der SED-Nachfolgeorganisation paktieren. Erschreckend ist die historische Ignoranz: Man verdrängt offenbar ganz gewusst, das die SPD schon einmal bei der Zwangsvereinigung mit den Kommunisten verdampft ist. Kurt Schuhmacher und Willy Brandt würden angesichts dieser Kamikaze-Strategie im Grab rotieren“.

Ausgabe November 2009

Effizienz

„Die Krise liegt noch nicht hinter uns, aber eine Depression droht nicht mehr.“ Diese Zwischenbilanz zog das „Handelsblatt“ am 1. Oktober 2009. Offen sei allerdings, welche Spuren die Krise hinterlassen werde. Die Erfahrung zeige, dass Finanzkrisen stets schwere Wunden hinterlassen hätten. Das betreffe vor allem die hohe Staatsverschuldung und den dauerhaft niedrigeren Aktivitätsgrad der Volkswirtschaft. Die Gesamtleistung werde sich mittelfristig auf abgeschwächtem Niveau stabilisieren. Die strukturelle Arbeitslosigkeit steige. Hinzu komme der kontraproduktive Effekt von Firmenpleiten und Kapitalverlusten. All das führe – zusammen mit der Schrumpfung des Finanzsektors – zu einem Abbau des Wohlstands. Für die reifen Volkswirtschaften Europas bedeute dies einen wirtschaftlichen Rückfall um zwei bis drei Jahre, enorme Haushaltsdefizite, eine notwendige Austeritätspolitik, Verteilungskonflikte und letztlich einen drohenden Teufelskreis der Stagnation. Gleichwohl sollten die Europäer – so das Blatt – nicht in Melancholie versinken, sondern die Rahmenbedingungen verbessern. Das reiche vom Arbeitsmarkt bis zur Bildung, von der Effizienz der Staatsausgaben bis zum Wiederaufbau des Finanzsektors. Es gebe genug Baustellen für Reformen, um das Wachstumspotenzial zu stärken.

Globale Verschiebungen

Die Wachstumschancen der Weltregionen bis 2025 hat die Prognos AG untersucht. Dabei werde es deutliche Verschiebungen in der Weltökonomie geben. In der Studie heißt es weiter: „Das Wachstum wird zukünftig vor allem von den führenden Schwellenländern wie China und Indien getragen, die ihre Binnendynamik im

privaten Konsum stimulieren. Die Industrieländer erholen sich wegen der größeren Verwerfungen auf ihren Finanzmärkten erst langsamer. Deren BIP-Wachstum beträgt 2010 0,3 Prozent. Die USA werden nicht wieder voll in ihre alte Rolle als Zugpferd der Weltwirtschaft schlüpfen, Asien übernimmt eine Stück weit die Aufgabe der USA. Allerdings kann die geringere Wachstumsdynamik in den USA nur zum Teil kompensiert werden. Die Weltwirtschaft erreicht erst längerfristig wieder ihr Trendwachstum. Die aktuellen Einkommensverluste können vorerst nicht wettgemacht werden. Im Jahr 2025 werden die ‚alten‘ Industrieländer nur noch ein Drittel zum weltweiten BIP-Wachstum beitragen, vor der aktuellen Krise war es noch die Hälfte. Allein China trägt dann mehr zum globalen Wachstum bei als die USA. Indien wird 2025 als globaler Wachstumsmotor die gleiche Bedeutung haben wie die Euro-Zone“.

Umverteilung

Mit dem „Elend der deutschen Umverteilungspolitik“ beschäftigt sich die „Wirtschaftswoche“ in einem kritischen Editorial. Es gehe schon lange nicht mehr nur darum, dass Starke mehr tragen müssen als Schwache. Roland Tichy schreibt: „Regionen mit wenig Krankenhausbetten müssen Geld spenden für Städte wie Berlin mit vielen Betten. Autofahrer finanzieren über die Ökosteuer nicht den Umweltschutz, sondern Rentner. Wer arm ist und viel Strom verbraucht, knappst sich Geld ab für die Solarpaneele auf dem Villendach der Wohlhabenden. Ford-Arbeiter zahlen für Opel-Arbeiter. Katzenfutter wird mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belastet, Kinderwindeln mit dem vollen.“ Und an die neue Bundesregierung appelliert der Wirtschaftsjournalist: „Streich und kappt, so viel ihr euch traut. Zu viel wird es niemals sein. Wir verteilen viel zu viel um, nicht zu wenig. Habt den Mut, der Lobby der Bauern, Beamten, Branchen, Unternehmen, Gewerkschaften, Freiberufler und Sozialverbände entgegenzutreten, glaubt nicht dem Gewäsch von angeblicher sozialer Kälte! Danach werden wir alle ein wenig wohlhabender, motivierter und fähig sein, Bedürftige zu unterstützen über jedes Maß hinaus.“

Ungezähmtes Monster

In bemerkenswert deutlicher Weise bezieht der Bundespräsident immer wieder öffentlich Stellung. So hat er kürzlich gesagt, er sehe „das Monster der Finanzkrise noch nicht auf dem Weg der Zähmung“. Die Ergebnisse des G-20-Gipfels von Pittsburgh zur Regulierung der Finanzmärkte seien unzureichend. Es bestehe nach wie vor Wiederholungsgefahr. Es gebe schon wieder Akteure, die im großen Stil spekulierten und riskante Geschäfte betrieben. Die Diskussion darüber, wer die Kosten der Krise tragen solle, habe noch nicht einmal ernsthaft begonnen. Die Welt brauche eine energische staatliche und zwischenstaatliche Ordnungspolitik. Der Markt allein richte nicht alles zum Guten.

Big Spender

Die Rolle Deutschlands als Zahlmeister der EU scheint langfristig betoniert zu sein. Im Jahr 2008 hat die Bundesrepublik unter dem Strich mit knapp 9 Mrd. Euro mehr nach Brüssel gezahlt als die drei anderen bevölkerungsreichsten EU-Länder Frankreich, Italien und Großbritannien zusammen. Während Deutschland immer mehr überweist, erhalten andere Staaten eine erstaunliche Sonderbehandlung. So ist der „Rabatt“ der Briten 2008 von 5,2 auf 6,3 Mrd. Euro gestiegen. Dadurch trägt Großbritannien nur 844 Mio. Euro, also weniger als ein Zehntel der deutschen Netto-Leistung, zum EU-Haushalt bei. Bleibt die Frage, wer die deutschen Interessen in Brüssel eigentlich nachhaltig vertritt. Übrigens: Die EU-Kommission tut alles, um die

tatsächlichen Nettozahlungen zu verheimlichen, in der zweifellos berechtigten Annahme, dass bei entsprechender Aufklärung der deutschen Bevölkerung – gerade angesichts explodierender Haushaltslöcher – erheblicher Widerstand entstehen würde.

Ausgabe Dezember 2009

Leichte Erholung

Die deutsche Wirtschaftsleistung lag zwischen Juli und September 2009 um 0,7 % über dem Vorquartalswert. Nicht der Konsum hat zu diesem BIP-Wachstum beigetragen, sondern die sich in einigen Branchen erholende Industrieproduktion. Doch es mehren sich die Zweifel an der Nachhaltigkeit des (relativen) Wachstums. So ist das ZEW-Konjunktur-Barometer im November deutlich gesunken. Wahrscheinlich wird das Wachstum im vierten Quartal schwächer ausfallen. Der Einbruch im Gesamtjahr 2009 dürfte sich bei rund 5 % einpendeln. Für 2010 rechnen die Wirtschaftsweisen derzeit mit einem BIP-Anstieg um 1,6 %. In der ersten Hälfte 2010 werde es allerdings zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen.

Die Chance

Eine „schonungslose Analyse“ und „die richtigen Konsequenzen“ hat die Bundeskanzlerin am 10. November 2009 in ihrer Regierungserklärung versprochen. Im Rahmen eines Fünf-Punkte-Programms komme es vorrangig darauf an, die Folgen der Krise zu überwinden, das Verhältnis der Bürger zum Staat zu verbessern, Antworten auf den demografischen Wandel zu finden, den Umgang mit natürlichen Ressourcen global zu regeln sowie das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit angesichts neuer Bedrohungen auszutarieren. Es bedarf keiner Prophetie, dass sich die erstgenannte Aufgabe als Schicksalsfrage der Nation erweisen wird. Die Wirtschaft scheint Schwarz-Gelb allenfalls als das kleinere Übel anzusehen. Der BDI-Präsident misst allgemeinen Steuersenkungen in der jetzigen Situation keine Priorität zu und fordert stattdessen, sich vorrangig um die Konsolidierung des Staatshaushalts zu kümmern. Ein pauschaler Abbau der Sozialleistungen sei mitten in der schweren Krise nicht vertretbar. Der BDI sieht den Wahlausgang als „historische Chance für unser Land“. Wahrscheinlich bestehe zum letzten Mal die Möglichkeit einer Bundestags-Mehrheit von Union und FDP. Es sei zu erwarten, dass sich die Mehrheitsverhältnisse künftig weiter hin zu den Empfängern staatlicher Transferleistungen verlagern werden – also tendenziell weiter nach links. Dann würden nachhaltige Reformen immer schwieriger.

Schuldenspirale

Die Weichen für den Marsch in den Schuldenstaat sind offenkundig nachhaltig gestellt. Die EU-Kommission hat Deutschland aufgefordert, die Neuverschuldung bis 2013 wieder unter die erlaubte Marke von 3 % zu bringen. 2010 wird die Aufnahme von neuen Schulden hierzulande 6 % des BIP erreichen. Aparenterweise verstoßen schon in diesem Jahr mindestens 20 der insgesamt 27 Mitgliedsländer zum Teil massiv gegen das Maastricht-Kriterium. Noch aparter ist, dass sich Griechenland 2001 den Beitritt zum Euro mit gefälschten Haushaltsdaten erschlichen hat. 2006 hat die griechische Regierung ein um 25 % erhöhtes BIP nach Brüssel gemeldet. Um diese wundersame Steigerung zahlenmäßig zu begründen, wurden angeblich Prostitution und illegales Glücksspiel der Wirtschaftsleistung zugerechnet. Der neue

Finanzminister in Athen hat im Oktober offenbart, das Haushaltsdefizit sei auf 12,5 % explodiert. Diese Manipulationen werfen neue Fragen auf nach der langfristigen Zukunftsfähigkeit einer Gemeinschaft, in der die meisten Mitgliedsländer nur durch Subventionen der (früher) starken Industrienationen wie Deutschland über Wasser gehalten werden.

Rückkehr der Kasino-Banker ?

Die Bereinigung der durch die Banken ausgelösten Finanzkrise wird weitere Jahre dauern und noch nicht absehbare Folgen haben. Der als „Mr. Doom“ bekannte Querdenker Marc Faber kreidet den nur mühsam vermiedenen Zusammenbruch der Weltwirtschaft vor allem dem früheren US-Notenbankchef Alan Greenspan an, der die Welt nach der Jahrtausendwende mit Geld überflutet habe. Faber warnt vor einem „totalen Kollaps“, der nach einem neuen kreditgetriebenen Boom unvermeidlich sei. In der nach wie vor kritischen Situation der internationalen Finanzstrukturen sind einige der großen amerikanischen und englischen Investmentbanken schon wieder dabei, durch das Ausloben exzessiver Bonus-Systeme erneut die Kasino-Mentalität anzufeuern. Dass die Verweigerung von Selbstkritik oft Hand in Hand geht mit Dummheit und blasphemischem Größenwahn, beweist der Goldman Sachs-Chef Lloyd Blankfein, der die staunende Öffentlichkeit kürzlich wissen ließ, er sei „im Namen des Herrn unterwegs“ und verrichte „Gottes Werk“. Leider ist es das Ansehen unserer Marktwirtschaft, das durch solche unverantwortlichen Egomanen, Glücksritter und Traumtänzer in der öffentlichen Wahrnehmung Schaden nimmt.

Kompetenz

Einem alten Schnack zufolge ist der deutsche Bundestag mal voller und mal leerer, aber immer voller Lehrer. Und in der Tat: Über ein Drittel der neu gewählten 622 Abgeordneten war zuvor im öffentlichen Dienst tätig. 143 Parlamentarier geben als Berufsbezeichnung „Jurist“ an. Sucht man nach unternehmerischem Sachverstand auf der Praktiker-Ebene, so kann einem Angst und Bange werden: Nur 13 Abgeordnete, also 2 % der Akteure, bezeichnen sich als Unternehmer. Die von interessierter Seite gepflegte Mär von der angeblich starken Firmen-Lobby im Parlament hat mit den Realitäten wenig zu tun. Wie der Gesetzgeber im Mutterland der sozialen Marktwirtschaft trotz dieser eklatanten Know-how-Defizite zukunftsfähige und bedarfsgerechte Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen schaffen will, erscheint einigermaßen rätselhaft.